

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/055(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 27.05.2014	Altes Rathaus Hansesaal	16:30 Uhr	17:45 Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.04.2014
- 4 Informationen
- 4.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2013 I0083/14
- 4.2 Mehrzweckraum FÖSG "Regenbogenschule" I0124/14
- 5 Anträge
- 5.1 Allen Jugendlichen nach erfolgreichem Schulabschluss eine Chance geben A0041/14
- 5.1.1 Allen Jugendlichen nach erfolgreichem Schulabschluss eine Chance geben S0086/14
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Burkhard Lischka

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Olaf Meister

Stadtrat Josef Fassel, i. V. für SR Grünewald

**Beratende Mitglieder**

Stadträtin Carola Schumann

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

**Geschäftsführung**

Frau Sylvia Grützner

abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Ursula Biedermann

Stadtrat Mario Grünewald

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Denny Hitzeroth

---

 Öffentliche Sitzung
 

---

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
 

---

Der Ausschussvors. eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 6 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

 2. Bestätigung der Tagesordnung
 

---

Die Tagesordnung wird mit dem Abstimmungsergebnis **6 : 0 : 0** unverändert bestätigt.

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 29.04.2014
 

---

Die Niederschrift der Sitzung vom 29.04.14 wird mit dem Abstimmungsergebnis **5 : 0 : 1** genehmigt.

 4. Informationen
 

---

 4.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2013  
 Vorlage: I0083/14
 

---

Der Behindertenbeauftragte der Stadt, Herr Pischner, stellt den Jahresbericht 2013 vor. Der jährliche Bericht baut auf unterschiedliche Lebensbereiche auf.

Herr Pischner übergibt den Mitgliedern des Ausschusses BSS zum Jahresbericht einen schriftlichen Kurzüberblick zu inhaltlichen Schwerpunkten und Entwicklungen und geht speziell auf die Bedingungen im schulischen Bereich ein.

Größere Probleme in 2013 gab es bei Behinderten-Familien mit Kindern, Herr Pischner weist auf den Landesaktionsplan hin.

In der Stadt MD sind zwischen 11 und 12 % der Bevölkerung von Behinderung betroffen. Im Schulbereich ist die Zahl behinderter Schüler innerhalb eines Jahres gestiegen.

Der Weg der schulischen Förderung soll in Richtung Inklusion gehen; Kinder mit Behinderungen sollen Grund- und weiterführende Schulen besuchen können und dort die nötigen Förderungen erhalten. Im Schuljahr 2013/14 nehmen in MD 425 Schüler mit Förderbedarf am gemeinsamen Unterricht an Regelschulen teil. Im Vorjahr waren es noch 434 Schüler, obwohl die Schülerzahlen insgesamt gestiegen sind.

Bei der schulischen Inklusion ist eine stagnierende Inklusionsquote zu verzeichnen (27,7 % in MD).

Herr Pischner geht auf die Entwicklung der Schülerzahlen und Anteile des gemeinsamen Unterrichts ein; er weist auf die diesbezüglichen Tabellen im Jahresbericht hin.

Hinsichtlich der Barrierefreiheit an schulischen Einrichtungen hat es auch 2013 weitere Fortschritte gegeben; Herr Pischner nennt beispielhaft verschiedene Schulen.

Kritisch betrachtet er den Neubau einer reinen Förderschule für Körperbehinderte, hier wäre ein inklusives Modell denkbar (Schulbesuch durch behinderte und nicht behinderte Schüler).

Problematisch, so Herr Pischner, ist die Betreuung von Familien mit behinderten Kindern. Hier stellt sich die Frage, wer die Kinder in den Hort und wieder nach Hause fährt.

Stadträtin Dr. Hein berichtet über Lernformen und Bedingungen an einer Schule in Hamburg, die sie kürzlich besuchte; die Schule hat die Auszeichnung „Deutscher Inklusionspreis“ erhalten. Hier handelt es sich um eine umgebaute Schule, dies wäre evtl. auch in MD möglich. Lt. Bericht des Behindertenbeauftragten reicht die Raumkonzeption nicht aus. Nach Ansicht von Stadträtin Dr. Hein ist mehr Flexibilität im Raumkonzept nötig. Sie bittet den Behindertenbeauftragten, dies in den entsprechenden Gremien vorzutragen. Die Förderschulen sollten so gebaut bzw. umgebaut werden, dass in der Perspektive auch Kinder ohne Behinderung aufgenommen werden können.

Hinsichtlich der Differenz der vorgehaltenen und benötigten Plätze in der Hortbetreuung der Förderschulkinder wundert sich Stadträtin Dr. Hein, dass es für Kinder im gemeinsamen Unterricht diese Möglichkeiten gibt. Hierzu erklärt Herr Pischner, dass ihm im letzten Jahr hierzu keine Fälle gemeldet wurden, lt. Stabstelle sei alles abgesichert.

Stadträtin Dr. Hein weiß, dass bei einigen Kindern mit Störungen es nicht mit der Pflegestufe abgegolten ist und diese Kinder zusätzliche Betreuung benötigen. Es gibt zwar den gemeinsamen Unterricht, jedoch keine zusätzliche Betreuung. Nach Auskunft Herrn Pischners müssen zusätzliche Beantragungen beim Jugendamt/Sozialamt erfolgen.

Herr Mewes, sachk. Einwohner, bestätigt das Problem der Eltern bzgl. Betreuung der Kinder in den Ferienzeiten, dies wurde auch im Petitionsausschuss des Landtages deutlich.

Herr Dr. Köhler, sachk. Einwohner, lobt den ausführlichen Jahresbericht. Auf seine Frage zur Beschulung behinderter Kinder führt Herr Pischner an, dass es speziell in den neuen Ländern die Fragestellung gibt, in welche Schulform ein Kind gehört. Auch der Anteil bildungsferner und finanziell weniger gut ausgestatteter Elternhäuser ist in den neuen Ländern größer.

Der FBL 40, Herr Krüger, informiert am Beispiel der Förderschule K über die Förderkriterien bei Schulbauten über STARK III. Die Eltern haben das Recht auf die Wahl der Förderschule, das Land hat das Recht, jeden freien Platz durch Kinder mit Behinderungen zu besetzen. Das Land müsste die Rahmenbedingungen ändern. Ab dem Schuljahr 2014/15 werden keine Kinder aus dem Umland aufgenommen.

Nach Ansicht der Stadträtin Dr. Hein sollte die Förderschule K jetzt so konzipiert und gebaut werden, dass später auch eine anderweitige Nutzung möglich ist.

Stadtrat Schindehütte fügt an, dass zunächst die Finanzierungsregelung des Ministeriums abgewartet werden sollte.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Pischner für den aufschlussreichen Jahresbericht. Die Information I0083/14 wird **zur Kenntnis** genommen.

#### 4.2. Mehrzweckraum FÖSG "Regenbogenschule" Vorlage: I0124/14

---

Der FBL 40, Herr Krüger, bringt die Informationsvorlage ein. Die Information sagt aus, was geprüft wurde und welche Planungen es gibt. Zurzeit stehen im Haushalt der Stadtverwaltung keine Mittel für einen Mehrzweckraum der „Regenbogenschule“ zur Verfügung. Da die Nutzung des Schulgebäudes und die Durchführung des Unterrichts gewährleistet ist, kann die Schule nicht auf die Dringlichkeitsliste genommen und kein Umbau für einen Mehrzweckbereich vorgenommen werden.

Stadtrat Schindehütte legt dar, dass das Thema „Mehrzweckraum für die Regenbogenschule“ weiterhin im Blick zu behalten sei. Wenn die Schule Veranstaltungen durchführt und diese aufgrund schlechten Wetters nicht im Außengelände stattfinden können, steht kein geeigneter Raum zur Verfügung.

Herr Krüger: Bei planmäßigen Veranstaltungen müssen Verwaltung und Schule überlegen und prüfen, ob diese in einer anderen Einrichtung stattfinden können.

Der Behindertenbeauftragte führt an, dass die Regenbogenschule nicht die Unterstützung und Ausstattung hat wie die beiden anderen FÖSG (Wasserfall und Kükelhaus).

Der Ausschuss BSS nimmt die Information I0124/14 **zur Kenntnis**.

## 5. Anträge

---

### 5.1. Allen Jugendlichen nach erfolgreichem Schulabschluss eine Chance geben Vorlage: A0041/14

---

Stadträtin Dr. Hein nimmt zu dem von ihrer Fraktion eingebrachten Antrag Stellung. Es geht darum, Schülern mit einem Hauptschulabschluss bessere Ausbildungsperspektiven zu ermöglichen. Dazu sollen seitens der Verwaltung Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften zu den Möglichkeiten befragt und bundesweite Vergleiche angestellt werden. Nach Recherchen der Stadträtin Dr. Hein, z. B. bei der SWM, sind der Realschulabschluss bzw. das Abitur maßgebliche Voraussetzung für den Erhalt eines Ausbildungsplatzes. Lediglich bei der Feuerwehr wird eine Ausbildung mit Hauptschulabschluss zugelassen, wenn zuvor eine andere abgeschlossene Berufsausbildung erfolgte. Wenn aber ein guter Realschulabschluss Bedingung für den Erhalt eines Ausbildungsplatzes ist, haben Schüler mit Hauptschulabschluss keine Chance. Daher sollte wenigstens die Stadt den Hauptschulabsolventen eine Chance geben. Mit der Stellungnahme der Verwaltung ist sie nicht einverstanden.

Frau Jeanvré, FB 01, geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Sie gibt Stadträtin Dr. Hein insofern recht, dass ein Umdenken in den Eigenbetrieben stattfinden sollte. Durch die Verwaltung wurden aktuell Gespräche bzgl. Berufsausbildung mit dem Stadtgartenbetrieb (Gärtner) und dem Theater (Tischler) geführt. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur, Berufsinformationszentrum, unterstützt die LH MD das Projekt „Einstiegsqualifizierung“. Hier erhalten u. a. Hauptschüler ein 6-monatiges Praktikum zur Vorbereitung auf die Übernahme in eine Berufsausbildung. Hauptschüler können bei Tests mit den Realschülern und Gymnasiasten nicht mithalten, daher ist das Angebot des Praktikums für die Hauptschüler eine sinnvolle Unterstützung. Mit dem Abschluss des o. g. Praktikums steht die Tür auch für Hauptschüler offen, einen Verwaltungsberuf zu erlernen.

Stadträtin Dr. Hein findet die Einstiegsqualifizierung gut. Diese ist aber für sie nicht die alleinige Lösung und es sollte die Ausnahme sein, da damit der Hauptschulabschluss nach ihrer Meinung entwertet werde. Auf der Internetseite der Stadt müsste die Möglichkeit der Berufsausbildung auch mit Hauptschulabschluss angezeigt sein.

Frau Jeanvré wird die Hinweise mitnehmen; es soll künftig verstärkt über das Internet geworben werden.

Nach Ansicht des Stadtrates Lischka müssten die Bewerbungskriterien und Voraussetzungen neu überdacht und andere Herangehensweisen geprüft werden, was auch für Unternehmen lohnender sein kann.

Stadtrat Schindehütte fügt an, dass ein Hauptschüler durchaus ein besseres handwerkliches Verständnis und Geschick mitbringen kann als ein Realschüler.

Frau Steiger, stellv. Vorsitzende des Stadtelternrates, nennt aus eigener Erfahrung ein positives Beispiel aus einer Hauptschule in Hamburg. Man sollte sich davon verabschieden, bei Bewerbungen für eine Berufsausbildung vorzugsweise auf Abiturabschlüsse zu achten.

Abstimmungsergebnis zum Antrag A0041/14: **4 : 0 : 2**

- 5.1.1. Allen Jugendlichen nach erfolgreichem Schulabschluss eine Chance geben  
Vorlage: S0086/14
- 

Die Stellungnahme der Verwaltung S0086/14 wird **zur Kenntnis** genommen.

6. Verschiedenes

---

- Die stellv. Stadtteilernratsvorsitzende, Frau Steige, spricht die Verkehrssituation vor dem Albert-Einstein-Gymnasium an. Kürzlich ereignete sich dort ein Unfall mit einem Schüler, der beim Überqueren der Straße von einem Auto angefahren wurde. Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung, die Verkehrssituation vor der Schule in Augenschein zu nehmen und in der nächsten Sitzung hierüber zu berichten.
- Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 17.06.14 statt (16.30 Uhr, Hansesaal).

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka  
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner  
Schriftführerin